

„Was einmal veräußert ist, ist zumeist nicht rückholbar“

Interview mit Hauke Jagau ■ ■



Foto: Region Hannover

spw: Nach einer langen Phase der Privatisierung scheint der Prozess in letzten Jahren ins Stocken zu geraten. Besonders lokale Proteste und die Bedenken kommunaler MandatsträgerInnen nehmen zu, bis hin zu Rückkäufen. Ist das der Beginn eines Rekommunalisierungstrends?

Hauke Jagau: Die Euphorie in Bezug auf Privatisierungen und der Glaube daran, dass privatrechtliche Lösungen per se besser als öffentliche sind, haben in den letzten Jahren Dämpfer erhalten. Es hat sich beispielsweise gezeigt, dass die Kommunen, die eigene Stadtwerke gehalten oder sogar neu gegründet haben, auch finanziell besser gefahren sind als diejenigen, die ihre Anteile veräußert haben. Von einem Rekommunalisierungstrend würde ich deshalb allerdings noch nicht sprechen. Denn in vielen Branchen ist

es fast ausgeschlossen, einmal abgegebenes Know-how zurückzuholen.

spw: Laut Umfragen steht die Mehrheit der Bevölkerung Privatisierungen ablehnend oder skeptisch gegenüber. Wie schätzt Du die Stimmung vor Ort ein?

Hauke Jagau: Es zeigt sich, dass mit der Aufgabe öffentlicher Trägerschaft über einzelne Felder auch die politischen Gestaltungsmöglichkeiten ganz erheblich eingeschränkt werden. Und am Ende werden die Kommunen – zu Recht übrigens – dafür verantwortlich gemacht, wenn Abfallentsorgung oder Nahverkehr nicht funktionieren. Ob diese durch private oder öffentliche Unternehmen erbracht werden, interessiert die Bürgerinnen und Bürger nicht. Die meisten Menschen wissen die Leistungen ihrer kommunalen Unternehmen sehr zu schätzen, das haben in den vergangenen Jahren auch private Wettbewerber feststellen müssen.

spw: Und in der Kommunalpolitik?

Hauke Jagau: In der Politik gibt es insgesamt nach wie vor Versuche, kurzfristige finanzielle Notlagen durch Privatisierungserlöse zu stopfen. Das ist kurzsichtig und geht auf Kosten zukünftiger Handlungsmöglichkeiten. Es handelt sich dabei allerdings nicht um ein kommunales Phänomen, wie nicht zuletzt die Privatisierungspläne für die Deutsche Bahn zeigen. Flankiert werden solche Strategien durch einen Rechtsrahmen, der es öffentlichen Unternehmen immer schwerer macht. Die EU hat Direktvergaben an kommunale Töchter erschwert, Landesgesetze fordern mit dem „Subsidiaritätsprinzip“ einen Vorrang für die Privatwirtschaft. Wenn aber öffentliche Unternehmen sich nur noch auf den Feldern tummeln dürfen, die für Private nicht interessant sind, dann können sie nicht wirtschaftlich arbeiten.

spw: Die Region ist Haupteignerin verschiedenster Unternehmen oder an ihnen beteiligt, wie z.B. dem Abfallwirtschaftsbetrieb, dem Regionsklinikum, zwei Verkehrsunternehmen, den Stadt-

werken, der Kreissiedlungsgesellschaft und dem Zoo Hannover. Welche strategisch-politischen Ziele verfolgt die Region mit diesen Beteiligungen?

” **Hauke Jagau:** Grundsätzlich ist für mich nicht die Rechtsform entscheidend, sondern die Steuerungsfähigkeit durch die Politik. Wohnen, Gesundheit, Verkehr und Abfallentsorgung sind zentrale Fragen für die Gesellschaft, die nicht allein dem Markt überlassen werden dürfen. Diese Themen wollen wir mitsteuern.

Die Region Hannover ist in dieser Form nicht nur als einheitliche Gebietskörperschaft für eine Großstadregion einmalig. Wir verfügen auch über ein sehr ungewöhnliches Verhältnis zwischen der Kernverwaltung mit 2.000 Beschäftigten und unseren Beteiligungsunternehmen mit insgesamt rund 15.000 Beschäftigten. Das liegt daran, dass wir für wesentliche Teile der öffentlichen Infrastruktur in der Region Hannover verantwortlich sind und diese Verantwortung im wesentlichen durch eigene Unternehmen wahrnehmen.

Voraussetzung dafür ist jedoch grundsätzlich, dass unsere eigenen Unternehmen erstklassige Leistungen erbringen und wirtschaftlich sind. Gerade an letzterem haben wir in den vergangenen Jahren hart gearbeitet. Unser Ziel ist, dass Altlasten, wie nicht erfolgte Rückstellungen für Pensionslasten oder Sanierungsstaus, mit finanzieller Hilfe der Region zügig beseitigt werden und die Unternehmen danach ohne finanzielle Zuwendungen der Region im Wettbewerb bestehen können. Dafür ist vor allem ein gutes und professionelles Management erforderlich.

spw: Das Klinikum Region Hannover hat im Zuge des Verkaufs der Landeskrankenhäuser durch die CDU-geführte Landesregierung den Standort Wunstorf übernommen. Welchen Hintergrund hatte dieser Entscheidung?

” **Hauke Jagau:** Das Landeskrankenhaus Wunstorf ist für die stationäre und ambulante psychiatrische Grundversorgung in der Region Hannover sehr wichtig. Deshalb woll-

ten wir nicht, dass ein Unternehmen dieses erwirbt, das primär auf die Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Denn gerade Psychiatriepatienten brauchen einen besonderen Schutz und können sich gegen Fehlentwicklungen weniger wehren als andere Patienten. Den Zuschlag haben wir übrigens nicht aufgrund des höchsten Kaufpreises, sondern aufgrund des besten inhaltlichen Konzepts erhalten. Auch das gibt es noch.

spw: Im Gegensatz dazu wurden die Pflegeheime der Region verkauft.

” **Hauke Jagau:** Die Region kann es sich nicht leisten, private Pflegeplätze dauerhaft öffentlich zu subventionieren. Wenn bei über 100 Pflegeheimen in der Region Hannover die öffentlichen Pflegeheime die einzigen defizitären sind und die wirtschaftliche Sanierung über Jahre hinweg scheitert, dann gibt es keinen anderen Weg. Misslich ist dabei, wenn eine Gewerkschaft für private Betriebe einer Branche erheblich niedrigere Tarife abschließt als für die – gewerkschaftlich gut organisierten – öffentlichen Betriebe der gleichen Branche. Dann haben öffentliche Unternehmen am Markt kaum eine Chance.

spw: Unternehmen stehen mit öffentlicher Beteiligung oder im öffentlichen Besitz in besonderer Verantwortung gegenüber ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden. Wie kann und sollte sich das ausdrücken?

” **Hauke Jagau:** Alle Unternehmen haben eine besondere Verantwortung gegenüber ihren Beschäftigten. Und das gilt für die öffentlichen natürlich im besonderem Maße. Die Beschäftigungssicherheit ist ein wichtiges Ziel für uns. Es wird allerdings in Zukunft immer seltener vorkommen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in öffentlichen Unternehmen mehr verdienen als diejenigen in privaten Unternehmen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von öffentlichen Unternehmen, dass diese wirtschaftlich arbeiten.

spw: Inwieweit kann und sollte die öffentliche Hand gemeinwohlorientierte Ziele in Ihrer Unternehmenspolitik berücksichtigen?

” **Hauke Jagau:** Wenn keine gemeinwohlorientierten Ziele verfolgt werden, dann gibt es auch keine Legitimation für die öffentliche Trägerschaft. Die kommunalen Stadtwerke beispielsweise haben bundesweit eine Vorreiterrolle bei Klimaschutzmaßnahmen gehabt. Und das, obwohl sie wirtschaftlich ausgerichtet sind und jährlich hohe Gewinne an die kommunalen Haushalte abführen. Ein großer kommunaler Klinikverbund wie der der Region Hannover erhält Krankenhausstandorte in Gebieten, in denen sich kein privater Betreiber engagieren würde. Dadurch bieten wir eine wohnortnahe medizinische Grundversorgung für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Region. Die positiven Effekte öffentlicher Unternehmen sind auch in anderen Feldern, etwa für die Sparkassen, häufig untersucht und beschrieben worden.

Letztendlich ist es immer wieder eine zentrale politische Frage, wie das Gleichgewicht zwischen gemeinwohlorientierten Zielen und Wirtschaftlichkeit hergestellt werden kann. Man darf die öffentlichen Unternehmen dabei nicht überfordern. Sie sind kein Selbstbedienungsladen. Auf der anderen Seite muss der öffentliche Eigentümer allerdings auch sehr darauf achten, dass sich die öffentlichen Unternehmen nicht verselbstständigen. Sie brauchen klare inhaltliche und wirtschaftliche Zielvorgaben.

spw: Wie beurteilst Du das Verhältnis zu den Betriebsräten und Gewerkschaften? Worin bestehen die größten Konflikte?

” **Hauke Jagau:** Wir haben zu Betriebsräten und Gewerkschaften ein gutes Arbeitsverhältnis, auch wenn wir nicht immer einer Meinung sind. Für das Klinikum und unser größtes Nahverkehrsunternehmen, die üstra, gibt es Verträge zur Zukunfts- und Beschäftigungssicherungssicherung. Einen ungewöhnlichen Weg sind wir insbesondere bei der üstra gegangen: Dort

haben vier Vertragsparteien – Region, Unternehmen, Betriebsrat und Gewerkschaft – einen Partnerschaftsvertrag geschlossen. Wir haben uns bis mindestens zum Jahr 2020 zur Direktvergabe der Nahverkehrsleistungen an die üstra verpflichtet. Als Gegenleistung erhalten wir günstigere Preise, die mit denen privater Anbieter vergleichbar sind. Dies wird vor allem durch Produktivitätssteigerungen bei gleichzeitigem Erhalt des für die Beschäftigten attraktiven Flächentarifvertrags für den ÖPNV erreicht. Alle Partner haben ihren Teil zu dieser Vereinbarung beigetragen und können am Ende sehr zufrieden sein.

spw: Die Stadt Dresden sah in der Veräußerung von städtischen Wohnungen die Lösung für seine Finanzkrise, die Stadt Braunschweig verkaufte neben der Müllabfuhr und den Stadtwerken auch die Stadtentwässerung. Was rätst Du Städten oder Landkreisen, die diesen Weg gehen wollen?

” **Hauke Jagau:** Derartige vermeintliche Befreiungsschläge verschaffen oftmals nur für einen kurzen Zeitraum Luft für andere Projekte. Deshalb müssen Kommunen gut abwägen, ob sich solche Privatisierungen dauerhaft rechnen. Häufig wird nicht nur der Wegfall an Gestaltungsmöglichkeiten unterschätzt, sondern es werden auch die finanziellen Effekte überschätzt. Europaweite Ausschreibungen von Leistungen anstelle von Direktvergaben an Tochterunternehmen müssen nicht zwangsläufig günstigere Preise bringen – insbesondere, wenn viele Ausschreibungen gleichzeitig laufen. Der Koordinations- und Kontrollaufwand der Verwaltungen gegenüber privaten Dienstleistern ist oftmals gewaltig. Mängel in den Ausschreibungen lassen sich nachträglich nicht korrigieren und veränderte Anforderungen der öffentlichen Hand können erhebliche Zusatzkosten nach sich ziehen. Vor allem aber gilt: die meisten Privatisierungen sind Einbahnstraßen. Was einmal veräußert ist, ist zumeist nicht rückholbar. Fehlentscheidungen lassen sich also nicht korrigieren.

spw: Mittelkürzungen der Landes- und Bundesebene, wie z.B. die Kappung von Regionalisierungsmitteln für den Nahverkehr, haben direkte Auswir-

kungen auf die öffentlichen Dienstleistungen. Wie geht die Region damit um?

„**Hauke Jagau:** Wir mussten in den letzten Jahren große finanzielle Einbußen durch Entscheidungen des Bundes und vor allem des Landes hinnehmen. Das hängt auch damit zusammen, dass die Region Hannover als sozialdemokratisches Reformprojekt aus Sicht der CDU-geführten Landesregierung ein ungeliebtes Kind ist. Die Landesregierung befürchtet eine Ausstrahlung auf andere Regionen des Landes. Diese Befürchtung ist durchaus nicht unberechtigt, nachdem zuletzt die beiden CDU-Oberbürgermeister von Braunschweig und Wolfsburg ein solches Modell auch für die Region Braunschweig ins Spiel gebracht haben. Auch wenn wir die Kappung der Regionalisierungsmittel im Nahverkehr zunächst noch auffangen konnten: Die finanziellen Einbußen können von uns dauerhaft natürlich nicht ohne erhebliche Leistungsreduzierungen kompensiert werden. Den Bürgerinnen und Bürgern etwas anderes zu versprechen, wäre blauäugig. Aber mich beunruhigt noch etwas anderes: Durch die EU und auch durch den Bund wird stetig versucht, eine weitere Deregulierung der Märkte in Bezug auf die Daseinsvorsorge durchzusetzen. Spannend ist auch die Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht. So ist beispielsweise noch nicht ausgemacht, in welchem Maße Kommunen in Zukunft Nahverkehrsleistungen direkt ohne Ausschreibung an eigene ÖPNV-Unternehmen vergeben dürfen. Die EU gestattet hier auf Initiative Deutschlands einen recht weiten Rahmen, aber in der Bundesregierung gibt es mittlerweile Stimmen, diesen zugunsten privater Verkehrsgesellschaften einzuschränken. Die sozialdemokratischen Teile der Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion sollten sich diesem Druck nicht beugen.“

spw: Vielen Dank für das Gespräch. ■

☞ Hauke Jagau ist seit 2006 Präsident der Region Hannover. Er ist Mitglied des SPD-Landesvorstandes Niedersachsen.

☞ Das Interview führten Sebastian Jobelius und Stefan Stache.

PapyRossa Verlag



Georg Fülberth: »Doch wenn sich die Dinge ändern« – Die Linke | Broschur;
169 Seiten; EUR 12,90

»Die Linke« will das Vakuum füllen, das der Untergang des bundesdeutschen Sozialstaats und der DDR hinterlassen hat. Georg Fülberth fragt nach ihrem Platz in der Opposition gegen Marktradikalismus und neue deutsche Weltpolitik.



Rolf Verleger:
Israels Irrweg – Eine jüdische Sicht
Broschur; 163 S.; EUR 12,90

„Das Judentum ist Leuten in die Hände gefallen, denen Volk und Nation höhere Werte sind als Gerechtigkeit und Nächstenliebe.“ Rolf Verleger, Mitglied im Direktorium des Zentralrats der Juden in Deutschland, möchte dies ändern und kritisiert Israels Politik als fatal.

Tel. (02 21) 44 85 45 | Fax 44 43 05 |
mail@papyrossa.de | www.papyrossa.de